

Volksstimme

Redaktion:
Halle a. S., St. Braunschweigstr. 17
Fernsprecher 6802

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei)
für den Regierungsbezirk Merseburg
Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Verlag und Expedition:
Halle a. S., St. Ulrichstr. 27
Fernsprecher 6407

Nr. 152 **Bezugspreis:** Monatlich 175 Mk. für Haus, bei Abholung 1.60 Mk. Bei den Kolonialstellen vierteljährlich 5.25 Mk., ohne Befreiung. Einzelnummer 15 Pfennig.
Halle, Dienstag, den 8. Juli 1919
Anzeigenpreis: Die 8 Spaltenzeile 20 Pfennig, im Abonnement 1 Mk. 40 Pfennig. — Einmalige Anzeigen 10 Ugr. —
3. Jahrgang

Sozialdemokratie und Beamte.

Genosse Landrichter Ruben schreibt in einem Artikel im Vorwärts zu diesem Thema u. a.:
Die sozialdemokratische Beamtenchaft führt seit dem November 1918 einen doppelten Kampf, um ihre gleichberechtigte Anerkennung innerhalb der Partei und um ihr Recht zur Betätigung ihrer politischen Meinung nach außen. Sie erwartete von dem Weimarer Parteitag nach beiden Richtungen hin eine ihr günstige Klärung, die auch in vollem Umfang eingetreten ist.
Einsichtlich der Stellung der sozialdemokratischen Beamten innerhalb der Partei ist ein Antrag Ruben und Genossen dem Parteivorstand zur Berücksichtigung überwiesen, in welchem zur Förderung der politischen Aufklärung und Organisation der Beamten in sozialistischem Sinne schleunigt eine Zentralstelle beim Parteivorstand zu schaffen ist.
Die Beamten, die sich zur sozialdemokratischen Partei bekennen, müssen nicht vergessen, daß sie erst durch die Ereignisse vom November 1918 in die Lage gekommen sind, sich für die demokratische Republik und zum Sozialismus bekennen zu dürfen. Die Genosse Ruben zur Begründung des obigen Antrages ausführte, gebührt der

Dank dafür der Partei.

wer mir dafür treu zu dienen bereit sein müssen. Wir müssen uns vorerst in die Leitung der inneren Parteilgeschäfte den älteren Parteigenossen fügen und gleich diesen von der Pike herauf tun. Gleichzeitig aber muß der Grundgedanke der Demokratie auch angedeutet werden. Die sozialdemokratischen Beamten haben namentlich im Verwaltungsbereich und im Kampf gegen die Geheimratswirtschaft das alte System kenntlich, die der Partei nicht schaden können. Alle Angriffe und Schmähungen, wie ein recht unzulässiger Teil der Parteigenossen sie jetzt immer noch gelegentlich für nötig hält, dürfen die sozialdemokratischen Beamten nicht abbrechen. Es wäre furchtlich, aus persönlicher Gereiztheit sich in das radikale Lager treiben zu lassen. Die sozialdemokratischen Beamten müssen im Gegenteil zeigen, daß sie sich nicht um der Anerkennung willen zur Partei bekennen, sondern um an ihrem Teile an der Bewirkung der Parteiziele mitzuwirken.
Dabei darf aber eine nicht vergessen werden, daß die Vorstände einzelner Vereine bisher ausschließlich auf die Interessen der Handarbeiter eingekiffelt waren und wahrlich auch noch auf lange hinaus die besonderen Bedürfnisse des Beamtenstandes nicht genügend berücksichtigen werden. Denn der Kampf der sozialistischen Beamten um die Betätigung ihrer politischen Überzeugung ist auch jetzt noch keineswegs erledigt. Vielmehr muß, namentlich in den Bezirken, in denen die politischen Gegner die Mehrheit haben,

der sozialdemokratische Beamte

mäßig und stündlich auf der Hut sein. Er bedarf in diesem Kampfe des Zusammenflusses und eines halbes an einer Zentralstelle, die den einzelnen Beamtenorganisationen Rat und Hilfe angebeihen läßt und vor allem verhindert, daß die Vereine sozialistischer Beamter eine Verbindung unzufriedener Beamter darstellen. Namentlich müssen von einer solchen Zentralstelle die Vorwürfe gegen Uebergreife reaktionärer Beamter sorgfältig vorgeprüft werden, ehe sie an die Vertrauensmänner in den einzelnen Ministerien weitergeleitet werden, damit diese nicht, wie auf dem Parteitag wiederholt von ministerieller Seite ausgesprochen wurde, mit halbtönen Beschwerden überhäuft werden.
Es besteht aber noch eine weit größere Gefahr. Es haben sich an verschiedenen Orten gewissermaßen wilde Vereinigungen sozialistischer Beamter gebildet, teils örtlicher Natur, teils noch Bezirken geordnet. Hier zeigt sich eine große Verwirrung. Vorauszusetzen muß davon ausgegangen werden, daß die rein gewerkschaftlichen Fragen aus dem Betätigungsbereich der Vereinigungen sozialistischer Beamter auscheiden und diese Vereinigungen lediglich der Förderung der politischen Aufklärung der Beamten in sozialistischem Sinne dienen. Es wird damit nicht eine Partei in der Partei gegründet. Vielmehr handelt es sich um einen wichtigen organisatorischen Gedanken, wie er im § 2 des neuen Organisationsstatuts zum Ausdruck gekommen ist, wo für private und staatliche Werke und Anstalten besondere Organisationsrichtlinien vorgesehen sind.
Einsichtlich der Stellung der Beamten nach außen hat der Parteitag gleichfalls eine Klare und

unabweisende Stellung eingenommen. Er hat nämlich folgendem Antrag des Genossen Steinkopf seine Zustimmung erteilt:

Der Parteitag teilt dafür ein, daß ein zuverlässig arbeitendes Berufsbeamten erhalten bleibt, welches wesentlich ist für den politischen Ereignissen jene Dienste dem Wohl der Allgemeinheit zu widmen hat. Die wohlverordneten Rechte der Beamten sind deshalb zu gewährleisten.

Ferner verlangt der Parteitag, daß das freie Koalitionsrecht, wie es jedem Staatsbürger zusteht, den Beamten in keiner Weise eingeschränkt werden darf.
In Anbetracht jedoch der besonderen Stellung, welche die Beamten im Staatswesen einnehmen, und der verschiedenen Wirkungen, die ein Beamtenstreik mehr als jeder andere Streik im Gefolge haben kann, verlangt der Parteitag, daß die Beamten, ehe sie ihre Tätigkeit einstellen, alle Mittel erschöpfen, die zur Erfüllung ihrer berechtigten Forderungen geeignet sind, um dies zu erreichen, ist mit Beschleunigung ein entsprechendes Schlichtungs- und Schiedsverfahren zu schaffen.

Beim Ausbruch des neuen Streiks, welches bestimmt ist, die dienstlichen, Befehls- und Disziplinarverhältnisse der Beamten zu regeln, sollen die Beamten in einem Ausnahmefalle in höhere Stellen absteigen in die Tat umgekehrt wird, Bureaukratische oder feindselige Beamten diesen die Reform weiter verhindern noch erschweren.

Bezüglich der Disziplinierung der Personalisten tritt der Parteitag dafür ein, daß es den Beamten gestattet wird, die ihn betreffenden Akten im Originalzustand einzusehen. Vor der Einschickung diesen keine Veränderungen an ihrer Inhalt vorgenommen werden.
Der Parteitag ermahnt die Genossen in der Regierung, nachdrücklich dafür zu wirken, daß die unfähigen Beamten in höhere Stellen absteigen in die Tat umgekehrt wird, Bureaukratische oder feindselige Beamten diesen die Reform weiter verhindern noch erschweren.

Der Antrag stellt das Ergebnis eingehender Beratungen der verschiedenen, dem Beamtenstand angehörigen Delegierten dar und eine mittlere Ansicht, auf die sich wohl alle Richtungen innerhalb der Beamtenchaft, soweit sie zum Sozialismus zählt, einigen können. Insbesondere kam es darauf an zu verhindern, daß die alte Röhre innerhalb der Beamtenchaft von sozialistischen Ministern gerade deswegen mit Mißtrauen betrachtet werden, weil sie sich zur Sozialdemokratie

bekennen. Es wird von diesen kurzfristigen Genossen völlig verkannt, daß die Beamten der Partei erst betreten konnten, nachdem sie durch die Revolution von ihrem Treueid entbunden waren. Es muß auch offen ausgesprochen werden, daß ein nicht unerheblicher und nicht einflußloser Teil des Parteitages sich gerade gegen die Leitung des für die innere Verwaltung entscheidenden Ministeriums wandte, und die

Neubelegung dieses Ministeriums

kann trotz aller Anerkennung der Leistung und Fähigkeiten des bisher dieses Ministerium verwaltenden Genossen nur eine Frage der Zeit sein. Unter lebhaftester Zustimmung des Parteitages führte der Genosse Steinkopf aus, daß die Unterbrechung, die die Beamtenchaft sich jetzt wieder gefallen lassen mußte, zum Himmel schreie und daß es ein Skandal sei, daß unter den letzten Verhältnissen die sozialistischen Beamten noch schlimmer drangalierter würden als früher.

Der Parteitag ist aber noch einen Schritt weiter gegangen. Er hat nicht nur bei der Behandlung des Ministeriums das Mitbestimmungsrecht für Arbeiter und Angehörte ausgesprochen und den Räten der öffentlichen Beamten Räumnisse gleiche Rechte eingeräumt sondern ausdrücklich einen Zusatzantrag zu dem Antrag Steinkopf dahingehend angenommen, daß den Beamten in aus schließlich für die Regelung und Verwaltung des inneren Dienstes das Mitbestimmungsrecht eingeräumt werde.

Damit sind alle Wünsche der Beamtenchaft von dem Parteitag anerkannt.

Es ist zu hoffen, daß ein früherer Zug in die Beamtenchaft dadurch getragen wird. Es ist zu hoffen, daß geleitet durch die so schaffende Zentralstelle, die Vereinigungen sozialistischer Beamten mehr und mehr sich ausdehnen und erstarren, daß der sozialistische Geist immer weiter in die Beamtenchaft hineingetragen wird und diejenige mitreißt, die noch lau sind und ägernd abseits stehen. Es ist zu hoffen, daß dann die sozialistische Beamtenchaft ein wichtiger und wertvoller Teil der Gesamtpartei werden wird.

Die Aufhebung der Blockade.

Im Laufe dieser Woche noch können wir die Aufhebung der Blockade erwarten. Die ist uns nach der Ratifizierung des Friedens durch Deutschland zugelegt und da Mitte der Woche der Friede deutschseits ratifiziert werden soll, dürfen wir hoffen, daß Ende dieser oder Anfang nächster Woche unsere Schiffe, soweit wir sie noch haben, wieder frei hinausfahren zu lassen in das höherverdienende Meer. Den französischen Passagieren will es zwar nicht einleuchten, daß die lange Zeit der über Deutschland verhängten Sperre so bald zu Ende gehen soll — sie möchten gerne härter und grausamer erscheinen als der alte Tiger. Aber es wird nicht auf möglich sein, ihren Wünschen entgegenzukommen. Das Versprechen ist gegeben, man wird es wohl oder übel einlösen müssen. Die angeklagten Räder wollen den wirtschaftlichen Verkehr nicht länger unterbinden lassen. In Amerika will man sich über alle formalen Bedenken hinwegsetzen und das Verbot des Handelsverkehrs mit dem Feinde unverzüglich aufheben. Wenigstens geht in England der Wunsch vor, auch hier gegen die Neubelegung der alten Beziehungen Vorurteile und Widerstände — ein Mitglied des Unterhauses forderte politische Maßnahmen gegen den drohenden „Einbruch“ fremder (gleich deutscher) Handelsreisender, die ausweichende Antwort der Regierung läßt aber durchblicken, daß sie den Dingen ihren Lauf lassen wird, zum Wohle des Ganzen — und in der richtigen Erwägung der auf lange Jahre geführten Ungefährlichkeit des deutschen Wirtschaftswesens. Das Wort Made in Germany bringt die Profitfreunden des englischen Handels- und Industriebezugs nicht mehr zu schanden.
Arbeit und Brot werden aber die jermometerstreife des deutschen Volkes allmählich wieder zusammenfügen, eine alte Freiheit wieder aufblühen und eine bessere Zukunft entfalten lassen.

Das Ende des Eisenbahnerstreiks.

Hannover, 7. Juli. Die Eisenbahner haben heute abend in der Stadt Halle beschlossen, den Streik abzubrechen und die Arbeit morgen früh wieder

anzunehmen. Die Streikleitung wurde beauftragt, die Verhandlungen fortzuführen.

In Hannover sieht man am längsten aus und ist der Abbruch des Streiks in Hannover gleichbedeutend mit dem Ende des Eisenbahnerstreiks, der wie eine Welle durch Deutschland ging. In Frankfurt a. M., Darmstadt, Mainz und anderen Städten wurde schon vor dem das Streikende beschlossen, in Hamburg fand sich nicht die nötige Mehrheit für den Streikbeginn, in Bremen wurde der Streik glatt abgelehnt.

Politische Streiks.

Bei allen den Streiks, die nach dem Austritt der Unabhängigen aus der Regierung unsere Volkswirtschaft erschüttert haben, haben die Unabhängigen den Glauben an ermeden versucht, daß es sich nur um wirtschaftliche Streiks handele, die notwendig sind, um die wirtschaftliche Lage der betr. Arbeiter- oder Beamtenchaften zu verbessern. Das es anders ist, haben wir schon oft bewiesen. Auch der letzte Streik der Berliner Eisenbahner soll nach den Unabhängigen, die niemals den Mut zur Wahrheit haben, ein „wirtschaftlicher“ Streik gewesen sein.

Am Sonnabend fand in Berlin wiederum eine Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte statt, die sich mit den letzten Streiks beschäftigte. Dabei sagte die Rednerin der Kommunistenfraktion, Frä. Klose, u. a.: „Es wird gesagt, die Streikbewegungen der Eisenbahner und Straßenbahner seien rein wirtschaftlich. Machen wir uns doch nichts vor. In dieser hochpolitischen Zeit gibt es nichts rein Wirtschaftliches.“ Also ein politischer Streik mit politischen Worten. Wer ehrlich ist, sagt dies auch offen; von den Unabhängigen allerdings kann man so viel Aufrichtigkeit nicht verlangen. Unabhängige wie Kommunisten „machen“ politische Streiks und schieben dadurch dem deutschen Volke unendlich, die Kommunisten sind dabei aber höchlichst doch noch das kleinere Übel, denn sie kämpfen im Gegenteil zu den Unabhängigen mit offenem Biss.“

den die Wöme von der Verwaltung nur langsam abgebaut werden. Aber diese Linie der Entwicklung werden, kein streift darf zu einem Abstieg führen, denn, wenn wir jetzt nicht Ruhe und Ordnung schaffen, so unsere Arbeiterzeit in ganz kurzer Zeit trostlosen Zuständen gegenüber. Die Aufhebung der Blockade wird eine Ueberflutung Deutschlands mit ausländischen Waren bringen, und das bleibt uns als wichtigste Aufgabe die Förderung unserer eigenen Produktion. Bei einem Verfallnis auf diesem Gebiet in den nächsten Monaten verlieren wir jede Aussicht wieder in das Weltgeschäft hineinzutreten, ja, mit weiteren auch die Herrschaft über den inneren Markt und müssen dann Menschen Kraft Waren exportieren. Unseren Eisenbahnen bleibt dann die traurige Aufgabe, die zur Auswanderung gezwungenen Arbeiter nach den Häfen zu befördern.

Die künftige Kohlenförderung in Deutschland.

Der Hausverhaltungsausbruch der prehistorischen die Erzeugung von Steinkohle. Der Minister erklärte, daß nach dem jetzt vorliegenden Zahlen rund 100 Millionen Tonnen Kohlen jährlich gefördert würden, von denen 44 bis 45 Millionen an die Günter abgegeben werden müßten.

Erhöhung der Kohlenpreise.

Essen, 5. Juli. Die heutige Reichstagssitzung der Eisenbesitzer des rheinisch-westfälischen Kohlenbundes beschloß, auf Grund der vom Reichswirtschaftsminister festgesetzten Höchstpreise die Kohlenpreise, wie folgt, gegen die Marktpreise zu erhöhen: Steinkohlen allgemein um 6,10 Mk., Aufkohlen um 6,70 Mk., geringwertige Sorten um 1,70 Mk., Koks allgemein um 8,50 Mk., Brechkoks 1-8 um 10,20 Mk., einschließlich Steinkohlen und Umfahrgüter, gültig ab 16. Juli d. J., Brikketts um 2,45 Mk. ab 1. Juni, um 7,35 Mk. ab 16. Juni um 9,10 Mk. ab 1. Juli. Die künftige Erhöhung der Kohlenpreise wurde infolge von Preissteigerungen und einer unrichtigen des Reichswirtschaftsministers Beschloß, die Kohlenpreise zu erhöhen. Die Reichstagssitzung beschloß, die Kohlenpreise zu erhöhen, dem mitteln einschließlich des früher beschlossenen Betrages 12 Mk. je Tonne aufzulegen.

Bom Straßbahnerstreik in Berlin.

Berlin, 8. Juli. Zum Berliner Verkehrsstreik erklärte die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, daß die Streikleitung an dem Standpunkt festhält, daß ein Spruch des Hauptauschusses nur auf Ersuchen beider Parteien gefällt werden kann.

Sowohl die Ausständigen der städtischen Straßenbahn, als auch das gesamte Personal der Hochbahn hielten gestern Verfassungen ab, in denen zum weiteren Ausbarken im Streik aufgeführt wurde. Der Verkehr auf der Ring- und Stadtbahn soll von heute ab im vollen Umfang ausgenommen werden.

Riga von deutschen Truppen geräumt.

Berlin, 7. Juli. (M.B.) Wie die deutsche Generalität aus Riga meldet, ist Riga von deutschen Truppen geräumt worden. Die militärische und politische Lage ist im übrigen unverändert.

Nach keine Auflösung des Reichskolonialamtes.

Berlin, 7. Juli. (M.B.) Wiederholt ist in den letzten Tagen die Meldung durch die Presse gegangen, daß das Reichskolonialamt unmittelbar vor seiner Auflösung stünde. Wie wir von zuverlässiger Stelle erfahren, eilt die Nachricht zum mindesten den Tatsachen voraus. Das Reichskolonialamt hat noch eine Reihe wichtiger Aufgaben zu lösen. Dann sollen, wie wir weiter hören, Verhandlungen zwischen dem Reichskolonialamt als Verhandlungsbefehl zu lassen, und ihm nur einen anderen Pflichtenkreis zuzuteilen.

Aufnahme der deutsch-amerikanischen Handelsbeziehungen.

Aus Basel wird unterm 7. Juli gedruckt: Die Exportgeschäfte in den Vereinigten Staaten treffen, wie aus Mannheim gemeldet wird, alle Vorbereitungen, um die Handelsbeziehungen mit denjenigen deutschen Häfen wieder anzuschließen, mit denen sie vor dem Kriege arbeiteten. Große Ausbeute und andere deutsche Importeure haben ihrerseits bereits große Aufträge in amerikanischen Industriezweigen, besonders aber in Lebensmittel gegeben. Die ersten Dampfer mit deutschen Waren sind übrigens bereits nach Skandinavien ausgesahren.

Auszeichnung in Holland für See und Kasse.

Saag, 5. Juli. Das Niederländische Korrespondenz-Büro meldet, daß der holländische Minister für Ackerbau, Handel und Industrie der Niederländischen Anstalt-Gesellschaft gestiftet hat, Auszeichnungen für See und Kasse zu erteilen, vorausgesetzt, daß die Waren nicht für das kolonialistische Ausland und Unrein bestimmt sind.

Wohlwollenden.

Die Hungerplage, die England über die deutschen Frauen, Greise und Kinder während der Kriegsjahre verhängte und trotz ihrer unermesslichen Grausamkeit auch während der langen Monate des Waffenstillstandes nicht aufhob, hat eine genauere Zahl von Opfern gefordert. Ungerechnet der Hunderttausende, die Folge der Unterernährung Krankheiten und Epidemien nicht den bei normaler Ernährung möglichen Wohlstand leisten konnten, hat die Hungerplage unmittelbar über dreihundert Millionen deutsche Leben vernichtet. Für das Volksganze muß nach diesem Verlust noch der Ausfall von 4 Millionen Lebendgeborenen in den Jahren 1914/1919 zurechnen, von dem ein Viertel als Folge der Blockade anzusehen ist. Diese Setzungen von Todesopfern sind aber bei weitem nicht die einzige, die einmal die schwerste Schädigung der Volkskraft durch den Hungererzieht. Die jüdischen Ausführungen, die unter dem Titel „Die Hunnen von 1914“ im „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht, sind leider keine Mece-

treutungen. Er schrieb: „Ich weiß, daß nicht nur Hunderttausende von Deutschen, die bis jetzt ungeboren sind, für ein Leben physischer Minderwertigkeit prädestiniert sind, sondern das auch Tausende von Deutschen, die sogar bis jetzt noch nicht empfangen sind, demselben Schicksal werden gegenüber stehen müssen. Englische Kranke“ wird wohl die Kranke sein, der man in der Zeit nach dem Kriege am häufigsten an unfähigen Deutschen begegnen wird.“

In welchem Ausmaße diese Erwartungen sich verwirklichen, beweist erneut ein Bericht der medizinischen Fakultät einer süddeutschen Universität. Er betont, daß die unglücklichen Ernährungsverhältnisse besonders auffällig, früher nie beobachtete Gesundheitsstörungen hervorgerufen. Zu den verbreitetsten Folgen gehören die enormen Fortschritte der Tuberkulose, die sich gerade auch im letzten Winter (also während des Waffenstillstandes) besonders gezeigt haben. Magen- und Darmstörungen traten im letzten Winter stärker auf als sonst. Sie konnten, ebenso wie manche anderen Krankheiten, bei der Unmöglichkeit einer auch nur den einfachsten Anforderungen entsprechenden Diät in den Krankenhäusern nicht erfolgreich bekämpft werden. Erschwerend war weiter die Zunahme lebensgefährlicher Blutkrankheiten und die vielfachen bedenklichen Schäden infolge des gänzlich verschwundenen Feitpolsters. Zuerst traten infolge des Fleischmangels in der Regel von den Krankenheiten abgewichen werden und in den Jahren danach starben die Kranken massenhaft dahin. Nervenkrankheiten traten im letzten Winter besonders häufig in Erscheinung, und außerdem wurden die Fälle der kindesalter, daß für diese Krankheit gesundheitlich nicht in Betracht kommt. Endlich wurden in diesem Winter auch in Süddeutschland die zuerst von Wien beschriebenen Knochenkrankheiten infolge unzureichender Ernährung beobachtet.

Kurze Notizen.

Der Staatenschatz hat der Ratifizierung des Friedensvertrages nachtreten.

General v. Hammerstein hat an die belgische Regierung eine neue Note gerichtet wegen der Zwischenfälle um Spa.

Die Verhandlungen im Völkerbund Amt wird dieser Tage in Rom abgebrochen werden.

Die Rumänen sollen den Antragskrieg gegen die Ukraine begonnen haben.

Dieses ist angenommen und von der Bolschewistenregierung befreit.

Die Chinesen wollen den Friedensvertrag mit unterzeichnen und Mitglied des Völkerbundes werden.

Rechte Dementen.

Die Heimführung unserer Kriegsgefangenen.

Bern, 7. Juli. Die belgische Eisenbahnverwaltung hat die Maßnahmen zur Heimführung der deutschen Kriegsgefangenen getroffen. Zahlreiche Kriegsgefangene sind bereits nach Sammelplätzen für die Heimförderung geschickt worden.

Aus Duisburg meldet die „Rein-Post“, Jg.: In einer Sitzung der „Kriegsgefangenen-Heimkehr“ wurde mitgeteilt, daß nach längeren Verhandlungen mit der Entente bestimmt worden sei, daß Duisburg von etwa 100 000 Kriegsgefangenen befreit wird. Die Entente verlangt, daß die Gefangenen von den französischen Eisenbahnenmaterial und deutschem Personal abgeholt werden. Dagegen stellt sie die militärische Bewachung bis Duisburg. Wenn es von der Entente gestattet wird, fahren Pfleger und Begleiter dem Transport bis Straßburg entgegen.

Nach einer Drahtmeldung aus Zürich meldet „Secolo“: Der Rücktransport der deutschen Kriegsgefangenen aus Italien, die 68 000 Mann betragen, beginnt am 25. Juli. Die italienischen Eisenbahnen haben für die Heimförderung 750 Eisenbahnwagen bereits zur Verfügung gestellt.

Bildung von Gemeinwirtschaftsförderung.

Berlin, 8. Juli. Das Reichswirtschaftsministerium hat, wie von beruener Seite mitgeteilt wird, eine Denkschrift über die Bildung von Gemeinwirtschaftsförderung in der Eisen- und Metallindustrie in der Wirtschaft der Eisen- und Metallindustrie erlassen, welche insbesondere die Richtlinien der vorläufigen Organisation enthält.

Neue Streiks in Frankreich.

Bern, 7. Juli. Nach „Zeit Parisien“ ist am Sonnabend das gesamte Personal der Compagnie Melgare de l'Est in den Ausstand getreten. Der Streik wird sich nunmehr in Belgien ausbreiten. Die Arbeiter der Eisenbahnen sind ebenfalls in den Ausstand getreten. Der Vertreter aller Unternehmungen beizulassen, erklärte die revolutionäre Tendenz eine Mehrheit. Die Postbeamten in Paris veranfaßten, nach „Matin“, einen zweitägigen Streik. Sie forderten den Aufhebung des Gehaltsrückstellungen. Die Teilnahme an dem allgemeinen Ausstand am 21. Juli wurde beschlossen.

Deutsch-polnische Vertändigung.

Berlin, 8. Juli. Dank den Verhandlungen des Bromberger deutschen und polnischen Volksrates mit dem Obersten Polnischen Volksrat in Polen sind die Verhandlungen in der letzten Zeit, hauptsächlich in der Stadt Posen, in bedeutendem Umfang bei den Deutschen vorgenommen worden, ein Ergebnis ist worden. Für alle diejenigen, die als Führer des Deutschen in den letzten Monaten hervortraten, ist laut „Deutscher Allgemeine Zeitung“, eine politische Amnestie vorgesehen. Auch Anführer, die aus dem besetzten Gebiet stammen und die Waffen zum Kampf gegen die Polen ergriffen hatten, ist volle Straffreiheit zugesichert. Der Austausch der Kriegsgefangenen wird vorbereitet. Die deutschen Volksräte werden ausdrücklich anerkannt.

Deutsche Nationalversammlung.

Präsident Geiseler eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 25 Minuten.

Es ist eine Gefesvorlage über die Anrechnung der während des Krieges zurückgelegten Dienstzeit eingegangen. Der Abgeordnete Thomsen (L. Fr.) aus dem 14. Wahlkreis, Schleswig-Holstein, hat sein Mandat niedergelegt. Der Beirat des Reichsministeriums des Innern, Abteilung Elfa-Lothringen, hat einen telegraphischen Einpruch gegen die Rückzahlung des Selbstbestimmungsrechtes Elfa-Lothringens im Friedensvertrage eingebracht.

Das Haus legt die Beratung bei dem fünften Abschnitt über die Reichsgefesgebung.

Artikel 69, fort. Dieser bestimmt: Die Gefesvorlagen werden von der Reichsregierung oder aus der Mitte des Reichstages eingebracht. Die Unabhängigen Frau Agnes und Gen. tragen einen Vorschlag: Der Reichstagspräsident beauftragt an der Gefesgebung nach den Bestimmungen der Verfassung. Im übrigen wird reichsgefeslich die Teilnahme der Arbeiterkräfte an der Gefesgebung geregelt.

Regierungsrat Dr. Preuß wendet sich gegen den Antrag der Unabhängigen und bietet, es bei der Bestimmung zu lassen, in der ganz klar und lorekt ausgedrückt wird, daß die Gefesvorlagen von der Reichsregierung oder aus der Mitte des Reichstages eingebracht werden. Er verweist darauf, daß auf die Anregung der Unabhängigen bei der Beratung des Artikels 162 zurückgekommen werden könne.

Abg. Wack (L. Fr.) verweist im Artikel 69 entsprechend dem Antrag Frau Agnes, daß auch der Reichstagspräsident das Recht zur Einbringung von Gefesvorlagen haben soll. Die Ausführungen des Regierungskommissars Dr. Preuß erregt Redner für nicht ausreichend.

Die Abstimung über den Antrag der Unabhängigen Sozialisten bleibt zweifelhaft. Die Abstimung ergibt 110 Stimmen gegen und 89 Stimmen für den Antrag. Das Haus ist also nicht beschlußfähig.

Der Präsident beräumt um 4 1/2 Uhr die nächste Sitzung auf 3 Uhr an, in der Hoffnung, daß bis dahin die zur Beschlußfassung erforderliche Anzahl von Mitgliedern erdienen. Präsident Geiseler eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 55 Min. Die Reichstagsversammlung über den Antrag Agnes (L. Fr.) zu Artikel 69 ergibt keine Abstimung. Die Artikel 73 und 74 treffen Bestimmungen über die Verbindung der Reichsgefesgebung und die Volksabstimmung.

Dazu liegen verschiedene Änderungsvorschläge vor. Der Reichstagspräsident Dr. Preuß: Entweder bleibt die einfache Mehrheit der Beschloßung. Man soll sich um Referendum nicht kümmern, weil doch eine sehr große Stimmenzahl verlangt wird.

Nach weiterer Debatte werden die Artikel 73 und 74 unter Ablehnung aller Anträge unanständig angenommen.

Artikel 75 behandelt das Einverständnis der Reichsräte gegen die vom Reichstag beschlossenen Gefesgebung.

Ohne Erörterungen erfolgt jedoch die Annahme des Artikels 76, nach dem die Beschloßänderungen im Reichstag nur mit der Mehrheit der Reichstagsmitglieder beschlossen werden können. Die Bestimmungen über die Reichsgefesgebung werden angenommen.

Es folgt die Beratung des sechsten Abschnittes, Reichsverfassung.

Der Artikel 78-87 werden ohne Erörterung nach den Auswahlschlüssen angenommen.

Artikel 88 erklärt das Volk und Telegrammenwesen einschließlich des Fernsprechwesens als ausschließlich Sache des Reiches und bestimmt demnach einheitliche Bestimmungen. Er beendet die Verhandlungen über den Antrag des Reichsminister vor.

Nach kurzer Debatte wird in Artikel 88, gemäß einem Antrag Scintropf (Soz.), das Verordnungsrecht des Reichsminister befristet im übrigen der Artikel angenommen.

Die Bestimmungen über die Reichsgefesgebung werden ohne Erörterung angenommen.

Artikel 97 gibt dem Reich das Recht, die dem allgemeinen Verkehr dienenden Wasserstraßen in sein Eigentum und seine Verwaltung zu übernehmen, neu anzulegen oder auszubauen. Ein gemeinsamer Antrag Geiseler, (Cent.), Dr. Sams (Dem.), Dr. Heime (D.), mit der Klugung der Reichsräte und die Regelung des Gemeingebrauchs der Wasserstraßen in Ländern überlassen.

Artikel 97 wird unter Ablehnung des Antrages Geiseler und Sams angenommen. Singsingst wird ein Antrag sämtlicher Parteien außer den Unabhängigen Sozialisten, ein Artikel 100, wonach das Reich alle Eisenbahnen übernimmt.

Dann vertritt das Haus. Nächste Sitzung Dienstag 2 Uhr: Steuergefesgebung. Schluß 6 Uhr 40 Minuten.

Gemeinwirtschaftliches.

Generalversammlung der Lederarbeiter.

Am 15.-20. Juni tagte im Berliner Gewerkschaftshaus die Generalversammlung der Lederarbeiter und arbeitenden Arbeiter.

Den Bericht des Zentralvorstandes erstattete Wagner, Brunner (München) kritisierte die Stellung der Generalkommission und der Zentralvorstände in harten, aber sachlichen Ausführungen. Den Gegenstand seiner Kritik bildeten die Kriegsjahre und der Streikstreife durch die Aufhebung der Streikunterkürzung, durch das Selbstbestimmungsrecht der Unternehmungen eingebracht worden, sich auf Kosten der Arbeiter die Löhne zu füllen. Dadurch, daß die Gewerkschaften die Maßnahmen der Regierung unterstützen, trugen sie zur Aufhebung der Unterkürzung bei. Es schloßen sich dieser Kritik noch mehrere Redner an, ohne neue Gesichtspunkte vorzubringen. Der jüngste Wortwörter sich dagegen Wiegand (Wurz), Richter (Neumünster) und Süß als Vertreter der Generalkommission. In der Abstimmung wurde ein Antrag, dem Zentralvorstand wegen der Stellung der Reichsminister aus prinzipiellen Gründen eine Mißbilligung auszusprechen, mit 26 gegen 13 Stimmen abgelehnt. Angenommen wurde dann noch ein Antrag, durch den der Zentralvorstand beauftragt wird, mit den beruflich verwandten Verbänden wegen Errichtung eines Industrieverbandes in Verbindung zu treten.

Den Verhandlungen und der Debatte wurde die übliche Entlassung einstimmig erteilt. Die Anträge zum Statut sind von einer Kommission schon vor der Generalversammlung durchgearbeitet und einer besonderen Vorlage zusammengefaßt. In Stelle des bisherigen Statutes wurden von 20 und 30 Vot. wird ein neues Statut mit 26 gegen 22 Stimmen beschloßen. Der Verbandsbeitrag betragt bisher 30, 55, 70 und 85 Vot. jetzt 50, 90 und 120 Vot. In die erste Beitragsstufe dürfen nur werkschaftliche und unabhängige Mitglieder treten. Die Streikunterkürzung wurde befristet erteilt, bei je nach der Dauer der Mitgliedschaft geändert wird. Bei 60 Vot. Beitrag pro Woche: 7,50 und 10,50 Mk. bei 90 Vot. Beitrag sind fünf Abzahlungen von: 19,50 bis 10,50 Mk. bei 120 Vot. Beitrag in denselben Beträgen bis 27,50 Mk. und 30 Vot. wird ein Antrag der Generalversammlung, die drei Vot. im Herbst an einem von der Generalversammlung zu bestimmenden Ort stattfinden soll. Ein Antrag, die Bau- und Ortsbeamten durch lokale Arbeitervereine zu mobilisieren, wird in massenhafter Abstimmung mit 80

10. deutlicher Gewerkschaftstongreb.

In der heutigen Sitzung erhebt Richard Müller-Berlin das Wort, als Gegenüber der Arbeiter zu der Frage der Gewerkschaften über die Betriebsräte...

Im Anschluss daran spricht A. Cohen-Berlin über die Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer...

Als Korreferent zu diesem Punkt erhebt ebenfalls Richard Müller das Wort: Wenn noch Zweifel darüber bestanden haben, dass das Betriebsratsprogramm...

Es beginnt dann die Besprechung. Als erster Redner tritt Richard Müller auf, der die Gegenüberstellung der Betriebsräte vertritt und überaupt jeden Gegenstand ablehnt, der nicht den Grundrissen des Rätegesetzes entspricht...

Sobann teilt der Vorsitzende Reichel-Schlutgart das Abstimmungsergebnis über das Vertrauensotium für die Generalversammlung mit. Die an der Abstimmung beteiligten Delegierten betragen 4 1/4 Mitglieder...

Als nächstmalige Sitzung bezieht sich Müller (Metallarbeiter) einen Antrag Lange und Genossen, der die Arbeitsgemeinschaft ablehnt und die Ausschaltung des Unternehmensrats...

die Bereitschaft will. Wir müssen uns verstehen lernen: Arbeitgeber und Gewerkschaften müssen Hand in Hand arbeiten...

Als weiterer Redner sprach dann Janssen von der Generalversammlung, es tritt der Bekämpfung Müllers entgegen, dass die Generalvollmacht mitverantwortlich für die Bestrebungen, die auf Befristung des Streikrechts hinausgehen...

Reichel-Berlin (Metallarbeiter): Auch die Kollektivverträge werden von den Unternehmern dann benutzt, um die Löhne niederzupressen...

In der Stunde der Entscheidung

muss jeder Volksgenosse zu den brennenden Fragen Stellung nehmen. Die Zukunft gehört dem Sozialismus. Am sozialistischen Aufbau muss jeder einzelne mitwirken...

sozialdemokratische Presse

ist der Willensausdruck, das Kampfmittel und das Aufführungsmittel der sozialdemokratischen Bewegung. Der Arbeiter ist die Verkörperung der Interessen der arbeitenden Gesamtheit...

Die berufliche Vorkämpferin einer besseren Zukunft für Deutschland und die Welt ist die „Volksstimme“. Darum, Beschäftigte mit Kopf und Hand, Schaffende in Stadt und Land:

Best, verbreitet die

„Volksstimme“

Giebel-Berlin (Brauereiangestellter): Es wäre besser gewesen, die Redner der Opposition hätten die Richtlinien, die zu diesem Punkt vorliegen, einmal durchgesehen...

Richard Müller teilt sein Schlusswort das Rätegesetz gegen die erhobenen Einwendungen. Cohen-Berlin legt sich in seinem Schlusswort mit Müller und Lange über die Frage auseinander, welche intellektuellen Berufsgruppen heute sofort Betriebsräte stellen können...

Halle und Gaullreis.

Sitzung der Stadterordneten Montag, 7. Juli 1919.

Die Vorbereite des Marktes dem Rathaus zu ist besetzt von einer nach hundertem zählenden Menge Arbeiter, die scheinbar eine Demonstration planen. Die Stadtväter lugen hinaus...

Der Bürgermeister bezeichnet dies als eine sehr niedrige Summe. In der durch die Antwort des Magistrats gekennzeichneten Situation forderten die Demokraten eine Verlegung der Bestimmung um 15 Minuten...

teilt, als man zur Beratungspause hinausgeht, ein Demonstrationszug: Die Halle bei uns der Magistrat verbarren! Tätigkeitslisten die Demokraten...

Als er genötigt wird, sprach St. 8. (Dem.) über die Verlegung der Bestimmung um 15 Minuten. Er erklärte, dass die Verlegung der Bestimmung um 15 Minuten...

Als er genötigt wird, sprach St. 8. (Dem.) über die Verlegung der Bestimmung um 15 Minuten. Er erklärte, dass die Verlegung der Bestimmung um 15 Minuten...

Die Arbeitsgemeinschaft des mittleren Arbeitervortes besteht aus 7 Mitgliedern, die je 20 Mark Tagelohn für die Besetzung des Magistrats ein, den Stadterordneten für jede Sitzung 5 Mark und mehr mehrere Sitzungen stattfinden...

Die Bürgermeister bezeichnet dies als eine sehr niedrige Summe. In der durch die Antwort des Magistrats gekennzeichneten Situation forderten die Demokraten eine Verlegung der Bestimmung um 15 Minuten...

Die Bürgermeister bezeichnet dies als eine sehr niedrige Summe. In der durch die Antwort des Magistrats gekennzeichneten Situation forderten die Demokraten eine Verlegung der Bestimmung um 15 Minuten...

zwei neuentwickelte Becher im Reformorganisationsplan der Magistrate.

Stv. Spitt (Dm.) sprach darauf über die Magistratsorganisation... Erhöhung von Leuzengurganlagen... und der Bewilligung von Zulagen für Lehrpersonen.

Stv. Spielt (Traff) sprach für folgenden Antrag des Magistrats: Durch Verordnung vom 24. Januar 1910 hat die Reichsregierung...

Stv. Albrecht (U.S.) sprach darauf für den Antrag seiner Partei, daß aus den städtischen Büros die Frauen- und Jugendangelegenheiten quantitativ...

Stv. Dürfeld (Soz.) fragte an, ob denn nicht im Sinne der Verfügungen des Demobilisationsgesetzes hier in den städtischen Büros gehandelt würde...

Die Beamtensausgänge mitwirken haben. Stv. Spielt sprach für eine anderweitige Zusammenfassung des Hauswirtschaftlichen Schulwesens...

Stv. Spitt sprach für eine anderweitige Zusammenfassung des Hauswirtschaftlichen Schulwesens... Stv. Albrecht sprach für den Antrag seiner Partei... Stv. Dürfeld sprach an... Die Beamtensausgänge mitwirken haben.

* Bildungsausschuss der Sozialistischen Studentengruppe. Zu dem am Dienstag, den 15. d. Mts. beginnenden Kursus laufen die Anmeldungen zahlreich ein.

* Der neue Polizeibeamter. Gerichtssekretär Rosenmann von der Staatsanwaltschaft Halle wurde einstimmig zum Desernenten für das Polizeiamt bestellt.

* Zwischen dem Arbeitgeberverband und den Bergbau, Unterverband Halle und den Bergbauarbeitern ist nach langwierigen Verhandlungen nunmehr ein Tarifvertrag abgeschlossen und ratifiziert worden.

* Gegen die Bildung einer Delegiertenkonferenz der gewerkschaftlichen Angestelltenverbände beschloß sich mit dem Entschluß eines gesunden Lokalismus. Sämtliche Delegierten sprachen sich gegen das Tringebilligen aus und beschloßen diese Stelle als einen alten Topf vergangener Zeiten.

* Erhöhung der Polizeibüro. Amlich wird mitgeteilt: Infolge der gegenwärtigen Lage sind die Büros der Polizei- und Polizeibüros für die Polizeibehörde erweitert, um die Vergrößerung und Einfließen der Polizeibehörde zu ermöglichen.

Die Geschichte zweier Städte.

Roman von Charles Dickens.

Was er dort neben den turmen Unterredungen von Effen und Schlägen erleben hatte, ließ ihn nicht unerschüttert bleiben. Die wahrhaftigen Freunde über die getreuen Geliebten hatte ihm kaum weh getan...

Wie Mr. Corry sich dieses erlösen ließ, und das Gefühl keines jezt unheimlich Jahre alten Freundes beobachtete, eng stand in ihm eine bange Besorgnis, daß jener überlebende Erbschaft die alte Gefahr zurückbringen könnten.

Wohn. Vom 10. Juli ab werden daher folgende Gebühren erhoben werden: Für die Abstellung der Wohnausstattung durch den Mieter für jede Wohnung, Vollanmeldung, Zahlungsanmeldung über den Bescheid...

* Schmaragd. Halle, den 5. Juli 1910. Aus welchen nützlichen Ursachen manchmal ein großer und unumkehrlicher Apparat in Bewegung gesetzt wird, dafür hat die heutige Verhandlung ein recht treffendes Bild.

Stv. Albrecht sprach für den Antrag seiner Partei, daß aus den städtischen Büros die Frauen- und Jugendangelegenheiten quantitativ... Stv. Dürfeld sprach an... Die Beamtensausgänge mitwirken haben.

Stv. Albrecht sprach für den Antrag seiner Partei, daß aus den städtischen Büros die Frauen- und Jugendangelegenheiten quantitativ... Stv. Dürfeld sprach an... Die Beamtensausgänge mitwirken haben.

Ans der Provinz.

Verkauf. Marmeladeverkauf. Am Mittwoch, den 9. Juli in allen Kaufhäusern auf eine bestimmte Zeit, 38 aller Gesandten und Verkäufer, die Waren zu 1/30 des Restbestandes zum besten Verkauf sind zu verkaufen.

Leben, was es ihm immer schien, wie eine Uhr, die viele Jahre stillgestanden, und dann wieder mit einer Energie zu gehen angefangen, die, während kein nützliches Wirken unterbrochen war, geschwunden hatte.

Die neue Leben des Doktors war allerdings ein sorgsam geordnetes Leben; aber der lächerliche Mr. Corry erkannte, daß ein neuer ihm auftretender Stolz damit verbunden war.

Unter Schreden und dem Gefühl, das davon lebte, wandelte der Doktor in ruhiger Fassung ein - voller Vertrauen in seine Macht, vorzüglich ausdauernd in seinem Ziel, nie bewußend, daß es ein Stück von ihm selbst war, das er in die Welt hineingesetzt sah.

demokratische Partei, die der im 3. Juli abgehaltenen Parteitag... Schritte herliche Worte des Magistrats. Nach der Beilegung des Streitpunktes...

Ans der Welt.

Wien, 7. Juli. Beim Deutschen Reich auf der Grundausstellung... Die Genossen von Österreich...

Amsterd., 7. Juli. (M.D.) In Japan herrscht trotz der geringen Verluste, die das Land im Kriege erlitten und trotz der riesigen Summe, die der Krieg gebracht hat, allgemein eine Unzufriedenheit, große Armut und hoher Unruhe.

Russ und Wittenberg.

Wittenberg, 7. Juli. Beim Deutschen Reich auf der Grundausstellung... Die Genossen von Österreich...

Es ist festzustellen, daß das Stadtstadium gestern abend ein seltenen Publikumserfolg zu verzeichnen hatte. Die rühmlichste soziale Sentimentalität des unermüdeten Welter-Försters zeigte immer wieder die Teilnahme in der Tat und die Leidenschaft...

Stiermarkt.

Arbeiter-Jugend. Die letzten erdrienen Nr. 13 des letzten Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Zur Reform des Arbeiterbewegens...

Der Blutgang der deutschen Revolution umhert der 'Wohlfahrt' in seiner dieswöchigen Nummer ein geistreiches Gedicht: Hängende Zweige umrahmen die Widmung von Karl Liebknecht...

Der Doktor unter den Graveln mit ruhiger Haltung dahin. Ein Jahr und drei Monate. Während dieser ganzen Zeit war Lucie keine Stunde seines Tages über, ob nicht am nächsten Morgen das Haupt ihres Vaters unter der Guillotine fallen würde.

Ein Jahr und drei Monate. Während dieser ganzen Zeit war Lucie keine Stunde seines Tages über, ob nicht am nächsten Morgen das Haupt ihres Vaters unter der Guillotine fallen würde.

Der Doktor unter den Graveln mit ruhiger Haltung dahin. Ein Jahr und drei Monate. Während dieser ganzen Zeit war Lucie keine Stunde seines Tages über, ob nicht am nächsten Morgen das Haupt ihres Vaters unter der Guillotine fallen würde.